

Parlamentarischer Vorstoss

2026/3670

Geschäftstyp: Motion

Titel: **Wettbewerbsfähigkeit stärken: One-Stop-Shop für KMU-Bewilligungen**

Urheber/in: FDP-Fraktion

Zuständig: Alain Bai

Mitunterzeichnet von: —

Eingereicht am: 12. Februar 2026

Dringlichkeit: —

Mit der nationalen Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024-2027» haben Bund, Kantone und Gemeinden ein gemeinsames Zielbild einer vernetzten, medienbruchfreien Verwaltung, die Dienstleistungen einheitlich, einfach und digital anbietet, geschaffen. Es ist an der Zeit, dass auch der Kanton Basel-Landschaft diese Zielsetzung aktiv umsetzt, um sich nicht zuletzt als innovationsfreundlicher Wirtschaftsstandort zu positionieren.

Denn gerade Baselbieter KMU sind auf effiziente, transparente und digital zugängliche Verwaltungsprozesse angewiesen. Leider ist heute oftmals das Gegenteil der Fall und die Wirtschaft muss sich mit fragmentierten und zeitintensiven Bewilligungsverfahren herumschlagen. So führen insbesondere unterschiedliche Anlaufstellen und Zuständigkeiten sowie Doppelspurigkeiten dazu, dass die Unternehmensführung unnötig erschwert wird. Im Lichte der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024-2027» kann ein kantonaler One-Stop-Shop für gewerbliche Bewilligungen Abhilfe schaffen, mit welchem der Zugang zu Verwaltungsleistungen vereinfacht, die Bearbeitungszeiten reduziert und der Wirtschaftsstandort Basel-Landschaft nachhaltig gestärkt wird.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat aufgefordert, einen kantonalen One-Stop-Shop für gewerbliche Bewilligungsverfahren zu errichten, wobei folgende Grundsätze zu berücksichtigen sind:

- Sämtliche Bewilligungsverfahren für Unternehmen sind vollständig zu digitalisieren und über ein zentrales (benutzerfreundliches) digitales Portal abzuwickeln.
- Eine durchgängige elektronische Aktenführung und medienbruchfreie Bearbeitung ist sicherzustellen.
- Es sind verbindliche Bearbeitungsfristen festzulegen, um Planungssicherheit und Effizienz zu erhöhen.
- Die Interoperabilität mit kommunalen Systemen und die Nutzung der nationalen Basisdienste und E-Government-Infrastrukturen gemäss der Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024-2027» ist sicherzustellen.